

Wien, 22. September 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Genossenschaft für gemeinwohl-orientierte Finanzdienstleistungen ist unseren 5.500 Mitgliedern das Thema eines ethischen, verantwortungsvollen Umgangs mit Geld wichtig. Dazu gehört auch ein Bankenwesen, das der Wirtschaft dient und zu deren Stabilität beiträgt. Ein wenig volatiles Finanzsystem ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, um Bankenrettungen mit Steuergeldern in Zukunft zu verhindern. Die letzten Jahrzehnte haben also gezeigt, dass eine Reform des Bankenwesens dringend notwendig ist, im Sinne einer stärkeren Ausrichtung an den Bedürfnissen der Kund*innen sowie am Nutzen für die Unternehmer*innen in Österreich.

Gemeinsam mit dem Förderungsverein der Primärbanken <http://primaerbanken.at/> richten wir daher folgende Fragen an Sie, die wir noch vor den Wahlen an unsere 5.500 Mitglieder sowie an die interessierte Öffentlichkeit kommunizieren werden.

Fragen & Antworten

A. „Too-big-to-fail“ und Trennbankensystem

Die größten Banken sind zu groß geworden: In einer Marktwirtschaft, in der gleiche Rechte für alle gelten, darf kein privates Unternehmen „too big to fail“ und schon gar nicht „too big to jail“ sein. Die Bilanzsumme der 13 EU-Banken, welche als global systemrelevant eingestuft wurden (G-SIBs) betragen 110% des BIP der 28 EU-Staaten. Damit bekommen einige wenige Banken viel Macht über Regierungen, Politiker*innen und Staaten.

Frage 1: Was tut Ihre Partei/Ihre Liste, um die diese Abhängigkeit der Politik vom Banken- und Finanzsystem zu verringern?

SPÖ: Die wesentliche Lehre aus der Krise ist, dass es eine Bankenaufsicht auf europäischer Ebene geben muss. Nationale Aufsichten sehen immer nur einen kleinen Teil des Geschäfts; eine europäische Aufsicht sieht das ganze Bild. Dazu kommt, die europäische Bankenaufsicht hat deutlich mehr Durchsetzungskraft. Das gibt es jetzt und das ist gut und richtig.

Grüne: Die Grünen haben jahrelang auf ein Insolvenzrecht für Banken gepocht um sicherzustellen, dass künftig keine Steuerzahlermilliarden mehr für marode Banken bereitgestellt werden. Nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Grünen im Europaparlament und in den nationalen Parlamenten, also auch in Österreich, wurden entsprechende Regelungen mittlerweile implementiert. Wir müssen darauf drängen, dass diese Regelungen auch eingehalten werden. In Italien war dies zuletzt nicht der Fall. Der Kampf geht also weiter. Wir bleiben da dran.

NEOS: Vorab: Beschlossene NEOS-Position ist, dass der Finanzsektor wieder auf seine Funktion als Dienstleister der Realwirtschaft zurückgeführt werden muss und die Geschäftsmodelle der Banken im Wesentlichen auf Einlagen- und Ausleihengeschäft reduziert werden. Eigene Handelsgeschäfte der Banken sollen ausgelagert werden. Zu den

meisten Fragen gibt es keine beschlossenen Positionen, da diese für ein Partei- und Wahlprogramm zu detailliert sind. Aus den Leitlinien der „NEOS-Pläne für ein neues Österreich“ können aber Aussagen dazu abgeleitet werden.

Der Ansatz von NEOS ist die aktive Mitarbeit an der Einführung eines europaweiten Bankeninsolvenzrechts. Zusätzliche Anmerkung: Die Fragestellung greift zu kurz. Die Banken sind im gleichen Ausmaß von der Politik abhängig wie die Politik von den Banken, da die Staatsschulden der meisten EU-Staaten realistischere als faule Kredite einzustufen sind. Das Nettovermögen des Sektors Staat Österreich betrug im Jahr 2016 ca. -161 Mrd. €, es gibt also keinerlei Sicherheiten für die Staatsschulden. Um aus dieser wechselseitigen Abhängigkeit herauszukommen, die langfristig den gesamten Finanzsektor gefährdet, müssen die EU-Staaten ihre Schulden reduzieren. Die Problematik wird auch im Abschnitt C angesprochen.

LISTE PILZ: Solange Systembanken wissen, dass sie im Schadensfall vom Staat aufgefangen werden, bestehen Anreize zum Eingehen großer Risiken auf Kosten der SteuerzahlerInnen (Moral Hazard) . Die Eigenverantwortung tritt in den Hintergrund. Ein Schritt, das Moral Hazard-Problem zu lösen besteht in der Trennung von Investment- und Geschäftsbanken. Dafür werden wir uns im Parlament vehement einsetzen.

Frage 2: Dokumentieren Sie bitte die Position Ihrer Partei/Liste zur Trennung von Investment- und Geschäftsbanken.

SPÖ: Diese Trennung ist notwendig. Dazu gibt es zwei Ansätze, interne oder externe Trennung. Österreich hat sich für die interne Trennung entschieden. Österreichische Banken müssen wissen, wie sie die beiden Bereiche auseinanderhalten. Das Investmentbankengeschäft muss kapitalmäßig innerhalb der Bank getrennt sein.

Grüne: Neben der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Investitionen in die Realwirtschaft gegenüber Finanzspekulationen begünstigt, treten wir für eine weitestgehende Trennung zwischen Einlagengeschäften/traditionellen Bankgeschäften und krisenanfälligen Handels- und Spekulationsgeschäften von Banken ein. Banken sollen sich ausschließlich auf ihre ursprüngliche Rolle, die Finanzierung der Realwirtschaft, beschränken. Dabei setzen wir insbesondere auf europaweite Initiativen. Auch im Bereich der Fusionskontrolle sehen wir hier Potenzial, um die Finanzmärkte stabiler zu gestalten.

NEOS-Ansatz ist hier das Herauslösen der Eigengeschäfte aus dem Finanzierungsbereich, was letztlich eine Trennung in Investment- und Geschäftsbanken bedeutet. Zusätzliche Anmerkung: Eine Trennung von Investment- und Geschäftsbanken ist sinnvoll, da „Chinese Walls“ in Banken, die beide Geschäftsbereiche betreiben, schwer lückenlos realisierbar sind. Die Trennung kann nur schrittweise erfolgen, da die Banken aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB im Einlage-Ausleihe-Geschäft kaum Geld verdienen und daher auf den Investmentbereich angewiesen sind.

B. Eigenkapitalanforderungen und „asymmetrische Regulierung“

Um die mit der Größe verbundenen Risiken einzugrenzen, müssen die Eigenkapitalanforderungen für Banken schrittweise erhöht werden. Sowohl die USA als auch die Schweiz fordern von ihren Banken eine Leverage-Ratio von 5%, während die EU weiterhin nur 3% vorschreibt. Auch könnten die Eigenkapitalanforderungen mit der Bilanzsumme ansteigen, zum Beispiel 4% ab 50 Milliarden Euro Bilanzsumme, 5% ab 100 Milliarden und ein weiteres Prozent für jede weiteren 100 Milliarden Euro Bilanzsumme.

Frage 3: Unterstützen Sie den Vorschlag der generellen Erhöhung der Leverage-Ratio auf mindestens 5% oder den Vorschlag von mit der Bilanzsumme wachsenden progressiven Kapitalanforderungen? Hat Ihre Partei/Liste andere Vorschläge zum Thema Eigenkapitalanforderungen an die Banken?

SPÖ: Die Anhebung der Kapitalanforderungen erfolgt laufend; sowohl allgemein, also für alle Banken, als auch speziell für jene Banken mit besonders risikoreichen Geschäften. Der Vorteil von progressiv wachsenden Kapitalanforderungen ist eine effektive Vorkehrung gegen das "Too big to fail", einfach deswegen, weil so eine Bank nicht mehr unbegrenzt wachsen kann

Grüne: Eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen an Banken, insbesondere auch eine Erhöhung der Leverage-Ratio auf 5 % begrüßen wir. Auch eine progressive Ausgestaltung der Leverage-Ratio mit dem Ansteigen der Bilanzsumme ist grundsätzlich sinnvoll. Zudem sollte die Komplexität der Eigenkapitalanforderungen reduziert werden. Langfristig ist darüber nachzudenken, die Leverage-Ratio bei den Kapitalanforderungen an Banken stärker zu berücksichtigen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, nicht alle Risiken gleich zu behandeln. Der Fokus der Kapitalunterlegung sollte auf hartem Kernkapital liegen.

NEOS: Ja zu einer Erhöhung der Eigenkapitalausstattung, die mit aussagekräftigen, risikogewichteten Indikatoren gemessen wird. Nein zu einer generellen Erhöhung der Leverage Ratio, weil die Leverage Ratio aufgrund der fehlenden Risikogewichtung nur eine eingeschränkte Aussagekraft besitzt. Das Kreditgeschäft fließt brutto ein: Ausfallsrisiko, Sicherheiten, Derivate, Wertberichtigungen usw. werden nicht berücksichtigt. Nein zu einer progressiven Bindung der Eigenkapitalanforderungen an die Bilanzsumme, da auch die Bilanzsumme das Ausfallsrisiko nicht abbildet.

LISTE PILZ: Ja, wir unterstützen den Vorschlag einer Anhebung der Eigenkapitalanforderungen für Banken. Es ist noch näher zu diskutieren, ob das über eine generelle oder durch eine progressive Erhöhung erfolgen soll.

Um kleinen und regionalen Genossenschaftsbanken und Sparkassen das Überleben zu ermöglichen, wird von manchen Expert*innen, auch von der Finanzmarktaufsicht Österreich,

eine „asymmetrische Regulierung“ vorgeschlagen: Für kleine Banken soll der Regulierungsaufwand geringer sein, für größere Banken größer.

Frage 4: Was tun Sie, um Genossenschaftsbanken und Sparkassen zu stärken? Wie stehen Sie zum Vorschlag der asymmetrischen Regulierung und welche Schritte haben Sie bisher in diese Richtung unternommen?

SPÖ: Das "One size fits all"-Prinzip ist nicht praktikabel. Kleine Institute haben andere Anforderungen als Großbanken. Der Grundsatz der Proportionalität, dass also Institute mit geringerer Bilanzsumme und geringerer Komplexität auch weniger aufwändigen und komplexen Regulierungen unterliegen, ist unterstützenswert. Banken, die diesen Kriterien genügen und auch noch höhere Eigenkapitalquoten aufweisen, müssen nicht denselben Regulierungen unterworfen sein wie systemrelevante Großbanken. Aber es gilt immer zu beachten: Die Forderung nach unterschiedlichen Regulierungsanforderungen darf nicht zu einem erhöhten Risiko für die Steuerzahler führen.

Grüne: Klar ist: Es braucht eine wirksame Banken- und Finanzmarktkontrolle. Es kann aber nicht sein, dass die kleinen Genossenschaftsbanken und Sparkassen im Vergleich zu den großen Banken überproportional belastet werden. Eine Einheitslösung mit komplexen Aufsichtsregeln, die für alle gelten, trifft die kleinen Institute mit einem einfachen Geschäftsmodell unverhältnismäßig und schwächt fairen Wettbewerb zugunsten großer Bankkonzerne. Im Europaparlament wurden dazu von unserer Fraktion entsprechende Anträge eingebracht.

NEOS: Hier gibt es keine beschlossene Position – aus den Leitlinien der „NEOS Pläne für ein neues Österreich“ kann aber abgeleitet werden: Nein zur asymmetrischen Regulierung – gleiche Rahmenbedingungen für alle. Auch hier: Größe ist kein Maß für das Risiko.

LISTE PILZ: Den Vorschlag der asymmetrischen Regulierung, wie er auch von der Finanzmarktaufsicht gefordert wird, unterstützen wir.

C. Staatsfinanzierung durch Banken und umgekehrt

Trotz Europäischer Bankenunion und einheitlichem europäischen Abwicklungsmechanismus für Banken (SRM) retten Staaten noch immer nationale Banken mit Steuergeld (zuletzt in Italien). Unverändert finanziert das nationale Bankensystem hieraus resultierende Staatsdefizite über den Kauf von Staatsanleihen, ohne dafür Eigenkapital hinterlegen zu müssen (Basel3/CRDIV/CRR). Dieser Zusammenhang ist wesentliche Ursache der Einflussnahme nationaler Politik auf nationale und europäische Institutionen der Banken- und Finanzmarktregulierung.

Frage 5: Setzt sich Ihre Partei / Liste aktiv sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene für eine Verbesserung der Eigenkapitalregulierung der Banken in Sachen Staatsfinanzierung ein?

SPÖ: Im Augenblick ist die Staatsfinanzierung für südeuropäische Länder immer noch sehr fragil; deshalb muss man vorsichtig sein, wenn man die Finanzierungsbedingungen verschlechtert.

Grüne: Spätestens seit der Finanzkrise wissen alle, dass Staatsanleihen nicht risikolos sind. Wir sind daher für die Abschaffung der Nullgewichtung von Staatsanleihen, wenn auch staatliche Risiken nicht mit anderen Risiken gleichgesetzt werden sollten. Im Europaparlament setzt sich z. B. unser finanzpolitischer Sprecher Sven Giegold dafür ein. Zuletzt etwa im jährlichen Initiativbericht zum Stand der Bankenunion, wo Änderungsanträge eingebracht wurden, die auf Risikoreduktionen im Bankensektor pochen. Darunter auch die Forderung, Staatsanleihen nicht mehr länger als risikofrei zu erklären.

NEOS: Aktiv eher nicht – unsere Position, die sich auch in den „Plänen für ein neues Österreich“ findet, ist folgendes dazu geschrieben:
Die Verbesserung der Eigenkapitalregulierung bei der Finanzierung von Gebietskörperschaften ist definitiv notwendig. Zusätzlich ist eine scharfe Abgrenzung zwischen Investitions- und Liquiditätskrediten an die Gebietskörperschaften notwendig.

LISTE PILZ: Wir werden uns für eine Verbesserung der Eigenkapitalregulierung der Banken in Sachen Staatsfinanzierung einsetzen.

Falls Sie bereits im EU Parlament vertreten sind: Stellen Sie bitte die Position Ihrer Partei / Liste anhand der Stellungnahme Ihrer Abgeordneten im EU-Parlament zum gegenwärtigen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Revision der CRDIV/CRR Regulierung dar.

SPÖ: Die Frage, ob ein Staat eine systemrelevante Bank rettet, um den nationalen Finanz- und Kapitalmarkt zu stabilisieren, ist eine Zeitpunktentscheidung, in Österreich war der Staat die letzte Möglichkeit, den kompletten Zusammenbruch des Bankenmarktes bzw. der öffentlichen Finanzen eines Bundeslandes abzuwehren. Die Entscheidung hat sich als richtig erwiesen; allerdings gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine rechtliche Grundlage für eine geordnete Abwicklung. Jetzt, wo diese rechtlichen Grundlagen EU-weit vorhanden sind, sollten sie auch von allen Mitgliedstaaten angewendet werden.

NEOS: Inhaltlich ist das kein Thema der Ausschüsse, denen unsere Angeordnete Angelika Mlinar angehört. Nachfolgend die Information aus der ALDE (unsere Mutterpartei Fraktion im EU Parlament zu dem Thema: The Commission has published the new CRD4 proposal last year in November

([http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2016/0360A\(COD\)&l=en](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2016/0360A(COD)&l=en)). The Parliament has nominated a Rapporteur, Petr Simon (S&D) and his report should be published next week. Our ALDE ECON Shadow, Cora Van Nieuwenhuizen, does not have a position yet, as she is waiting to see the position of the Rapporteur. Her assistant Erik Floor is following the file. It is therefore too early to have an ALDE Position on this file. However, you can find some general information on this file here http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-3840_en.htm

D. Regulierung des Kapitalmarktes: Beispiel Hochfrequenzhandel, Finanztransaktionssteuer

Der sogenannte Hochfrequenzhandel (High Frequency Trading: HFT) macht heute in den liquiden Marktsegmenten in den USA und Europa nahezu 50 Prozent des Handelsvolumens aus (Quelle: Bundesbank Monatsbericht, Okt 2016). Der Hochfrequenzhandel mag unter Umständen zur Liquidität des Kapitalmarktes beitragen, ihm fehlt aber der grundlegende Aspekt des gesellschaftlichen Nutzens von Finanzierung im Sinne einer Bereitstellung von Kapital für realwirtschaftliche und produktive Zwecke. Im Gegenteil, die von Maschinen ausgeführte, extrem kurzfristige Spekulation auf Preisdifferenzen erhöht die Volatilität des Marktes. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde die Attraktivität des Hochfrequenzhandels stark verringern und zugleich zusätzliche Steuereinnahmen generieren.

Frage 6: Bitte stellen Sie die Position Ihrer Partei / Liste zum Hochfrequenzhandel sowie konkrete Maßnahmen und Initiativen zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer dar.

SPÖ: Die SPÖ fordert seit bald einem Jahrzehnt, siehe etwa das Regierungsprogramm von 2008, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Inzwischen wird dies unter österreichischem Vorsitz im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit auf EU-Ebene vorbereitet. Die Finanztransaktionssteuer hat nicht zuletzt genau den Zweck, den Hochfrequenzhandel einzudämmen.

Grüne: Die Grünen arbeiten schon seit Jahren am Konzept der Finanztransaktionssteuer mit. Für uns ist sie die Öko-Steuer des Finanzsystems. Im Vordergrund steht der Lenkungseffekt, bereits minimale Steuersätze können dazu führen Hochfrequenzhandel und Spekulationen einzudämmen, um so das Finanzsystem stabiler zu machen. Investitionen in die Realwirtschaft sind davon nicht betroffen. Unserer Vorstellung nach soll die Einführung der Finanztransaktionssteuer aufkommensneutral erfolgen. Die Finanztransaktionssteuer soll in möglichst vielen Ländern zur Anwendung kommen, zumindest auf europäischer Ebene. Bis dahin unterstützen wir die Umsetzung im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit.

NEOS: Wir sind für die Einführung einer EU-weit akkordierten Finanztransaktionssteuer auf bestimmte Produkte wie Derivate und Hochfrequenzhandel. Anmerkung zum Hochfrequenzhandel: Dieser ist einzudämmen, ja. Aber im Devisenhandel wird er eher zur Stabilisierung der Wechselkurse führen.

LISTE PILZ: Spekulationen jeglicher Art, insbesondere aber den Hochfrequenzhandel sehen wir extrem kritisch. Das Bankensystem hat in erster Linie die Aufgabe, der Realwirtschaft zu dienen, also ihr Kapital für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) in der ursprünglichen Version der Europäischen Kommission halten wir für unverzichtbar. Es ist eine Schande, dass es 9 Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers noch immer keine FTS gibt.

E. Privileg der Giralgeldschöpfung von Geschäftsbanken

Mit der Banklizenz erhält jede Geschäftsbank zugleich das Privileg der Schöpfung von Giralgeld, welches ihr ermöglicht, die Geschäftstätigkeit unabhängig vom Volumen der Spareinlagen auszuweiten. Kein anderes privatwirtschaftliches Unternehmen hat das Privileg, dass es zugleich mit dem Entstehen einer (Kredit-) Forderung automatisch eine Finanzierung dieser Forderung (Bankeinlage) zu günstigen Konditionen erhält. 84% des Geldes als Zahlungsmittel werden von privaten Banken durch Kredit geschöpft (European Central Bank, Economic Bulletin).

Zu beobachten ist, dass Banken dieses Privileg der Giralgeldschöpfung nicht im Sinne einer guten Entwicklung der Gesellschaft nutzen, sondern als Geschäftsmodell. Sie und entscheiden über die Kreditvergabe entsprechend ihrer Renditeerwartungen. Nur 40% des geschöpften Geldes wandert über Kreditvergabe in die Realökonomie, während rund 60% im monetären bzw. nominalen Finanzsektor zur Spekulation mit Wertpapieren und Derivaten verbleibt (Finance Watch).

Frage 7: Stellen Sie die Position Ihrer Partei zum Privileg der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken dar. Sind Sie für eine Eingrenzung dieses Privilegs?

SPÖ: Ein striktes Aufsichtsregime und höhere Eigenkapitalvorschriften reduzieren das Risiko im Bankengeschäft. Die Koppelung von Zentralbankgeld, Mindestreserve und Einlagengeschäft steuert die Geldschöpfung der Banken im EZB-System durch die Notenbanken.

Grüne: Unser Fokus liegt auf einer effektiven Finanz- und Kapitalmarktregulierung, die Investitionen in die Realwirtschaft begünstigt und eine Eigenkapitalausstattung vorsieht, die den echten Risiken in den Bankbilanzen gerecht wird. Diese Maßnahmen sowie ein echtes Trennbankensystem und die (regulatorische) Begünstigung von einfachen Bankgeschäftsmodellen können dazu beitragen, Finanzmarktspekulationen zu vermeiden. Stärkere Regelbindungen und Kapitalunterlegungspflichten schränken Möglichkeit und Ausmaß der Giralgeldschöpfung jedenfalls ein.

NEOS: Dazu haben wir keine endgültige Position – aus den Leitlinien der „NEOS Pläne für ein neues Österreich“ ist abzuleiten:

1. nicht direkt – das ist letztlich eine wesentliche Geschäftsgrundlage der Banken, da die Hauptquelle die Kreditgewährung durch die Banken ist
2. Die Eingrenzung erfolgt bereits durch Basel III

Hinzu kommt, dass wir die aktuelle Niedrigzinspolitik der EZB einen wesentlicher Faktor darstellt, aufgrund derer die Banken in der klassischen Einlage – Ausleihe – Geschäft kaum Geld verdienen können und daher auf andere Geschäftsmodelle ausweichen. Das soll aber nur eine technische Analyse und keine endgültige Bewertung darstellen. Zu den 60% Spekulationen und Derivativen ist eventuell noch zu erwähnen bzw. zu berücksichtigen, dass die Absicherung eines realwirtschaftlichen Grundgeschäfts – etwa über Devisenterminkontrakte um Wechselkursschwankungen aufzufangen – in manchen Fällen sinnvoll sein kann. Daher ist aus unserer Sicht eine differenzierte Betrachtung durchaus notwendig.

LISTE PILZ: Die Liste Pilz hält eine Diskussion darüber für sinnvoll, ob auch der Staat in der Lage sein sollte, Giralgeld zu schöpfen.

Er sollte hierzu eine öffentlich geeignete Gemeinwohlbank gründen können. Dies wäre insofern sinnvoll, als er als Eigentümer dafür Sorge tragen kann, dass keine Investment- bzw. Spekulationsgeschäfte getätigt werden.

F. Finanzsystem, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl-Orientierung

Die fehlende Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und ethischen Prüfkriterien bei der Finanzierung von Investitionen durch Banken und Kapitalmärkte führen zu hohen Risiken in Bezug auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenwürde.

Ethisch ausgerichtete Banken – es gibt 30-40 weltweit – richten sich am gesellschaftlichen Mehrwert, also am Gemeinwohl aus. Dazu müssten Banken generell auf Gemeinwohl-Orientierung ausgerichtet und Investitionsfinanzierungen einer Gemeinwohl-Prüfung unterzogen werden.

Frage 8: Unterstützt Ihre Partei / Liste die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens für gemeinwohlorientierte Banken? Diese könnten dann schwächer reguliert werden, als gewinnorientierte Banken und mithilfe von Anreizinstrumenten (z. B. Steuererleichterungen oder Exklusiv-Geschäfte mit öffentlichen Gebietskörperschaften) gefördert werden.

SPÖ: Wie bei Frage 4 schon ausgeführt. Die Regulierung sollte sich an der Komplexität der Geschäfte, der Größe der Institute und dem Risiko für die Steuerzahler orientieren. Anders gesagt, eine einfachere Regulierung für Banken, die einfachere Geschäfte machen, ist sicher ok.

Grüne: Wie bereits erwähnt treten wir dafür ein, dass Banken entsprechend der Komplexität ihres Geschäftsmodells, der Risiken ihrer Veranlagungen und der Höhe ihrer Bilanzsumme reguliert werden sollen. Die Folge davon wäre, dass gemeinwohlorientierte Banken hier die Nase vorne haben.

Generell sind wir dafür, dass insbesondere große Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden sollten. Daher sollten sie auch über die ökologischen und sozialen Aspekte ihrer unternehmerischen Tätigkeit öffentlich informieren müssen.

Dazu braucht es ein verbindliches Rahmenwerk mit nachvollziehbaren Kriterien auf zumindest europäischer Ebene. Um den Nachhaltigkeitsgedanken im Banken- und Kapitalmarkt sichtbar zu machen, kommt natürlich der öffentlichen Hand eine Vorreiterrolle zu. Hier sollten nicht nur im Bereich der Verwaltung von öffentlichem Vermögen Maßnahmen gesetzt werden, sondern auch in der öffentlichen Beschaffung. Auch Steuererleichterungen sind denkbar.

NEOS: Ja, ein geeigneter Rechtsrahmen, für gemeinwohlorientierte Banken falls Bestimmungen des Sparkassengesetzes nicht ausreichend sind, kann durchaus förderlich

und sinnvoll sein. Eine schwächere Regulierung finden Kleinbanken auch jetzt schon vor. Auch im Novellierungsprozess befindlichen Bankwesen-Gesetz wird bei Regulierungen durchaus zwischen Groß- und Kleinbanken differenziert. Wie weit ein Anreizsystemen wie Steuererleichterungen und Exklusivgeschäften mit öffentlichen Gebietskörperschaften gehen soll, müsste vorab geklärt werden. Wir sehen weitreichende Wettbewerbsverzerrungen aber sehr kritisch.

Ein Problem stellt vor allem die fehlende Definition für Gemeinwohlorientierung dar. Das was Gemeinwohlorientierung wohl am ähnlichsten kommt ist die Gemeinnützigkeit. Auch diese ist nicht besonders Scharf definiert: §35 BAO (Bundesabgabenordnung) definiert Gemeinnützigkeit wie folgt:

1. Gemeinnützig sind solche Zwecke, durch deren Erfüllung die Allgemeinheit gefördert wird.
2. Eine Förderung der Allgemeinheit liegt nur vor, wenn die Tätigkeit dem Gemeinwohl auf geistigem, kulturellem, sittlichem oder materiellem Gebiet nützt. Dies gilt insbesondere für die Förderung der Kunst und Wissenschaft, der Gesundheitspflege, der Kinder-, Jugend- und Familienfürsorge, der Fürsorge für alte, kranke oder mit körperlichen Gebrechen behaftete Personen, des Körpersports, des Volkswohnungswesens, der Schulbildung, der Erziehung, der Volksbildung, der Berufsausbildung, der Denkmalpflege, des Natur-, Tier- und Höhlenschutzes, der Heimatkunde, der Heimatpflege und der Bekämpfung von Elementarschäden.

Das hat auch schon ein anderen Gesetzen zu Misserfolgen geführt (Stichwort: Alternativfinanzierungsgesetz wo kaum eine gemeinnützige Stiftung entstand)

LISTE PILZ: Ja, die Liste Pilz unterstützt die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens für gemeinwohlorientierte Banken.

* * *